

K1NEU Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

1 Kapitel 1: Umwelt, Energie und Klima

2 Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

3 Unsere Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben
4 unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für
5 kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die
6 biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung – und sie ist
7 bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die
8 Klimakrise bedroht ist.

9 Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der
10 Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht: Jedes
11 Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipp-Punkten im
12 Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu
13 kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten
14 Jahren entscheidend. Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist für uns der globale
15 Budget-Ansatz.

16 Nach dem Konzept des CO₂-Budgets, zum Beispiel des Sachverständigenrats für
17 Umweltfragen (SRU), hat Baden-Württemberg noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur
18 Verfügung, gerechnet ab 1. Januar 2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses
19 Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen Bericht des Zwischenstaatlichen
20 Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change,
21 IPCC) muss das verbleibende Carbon-Budget angepasst werden.

22 Als eines der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein
23 Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO₂ wir einsparen
24 müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den CO₂-Ausstoß im Land um 25 Prozent zu
25 senken – das haben wir fast erreicht. Klar ist: Die Klimakrise kennt keine
26 Grenzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die
27 „Under2 Coalition“ auf den Weg gebracht – das mittlerweile weltweit größte
28 Bündnis von Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.

29 Wir treiben die Steigerung der Effizienz und auch den Ausbau der sauberen und
30 klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung
31 waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal
32 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser
33 Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.

34 Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
35 Lebensversicherung – und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem
36 Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt,
37 dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als
38 verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro
39 Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm
40 zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das
41 Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben wir als grün-geführte Landesregierung

42 gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich
43 verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die
44 Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der
45 Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und
46 wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in Baden-
47 Württemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln –
48 ohne menschliche Eingriffe.

49 Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen
50 Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den
51 effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben
52 die Fachagentur Umweltechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der
53 Industrie die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ gestartet. Mit
54 dem Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ haben wir eine bundesweit
55 einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende
56 Produktionstechniken voranbringt. Auch die Rolle unseres Standorts bei der
57 nachhaltigeren Gestaltung globaler Lieferketten nehmen wir dabei stärker in den
58 Blick.

59 Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben

60 Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan,
61 aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich – auch
62 bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage,
63 Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel
64 nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und
65 Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere
66 Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln,
67 setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr
68 viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die
69 Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf
70 dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die
71 Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.

72 Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40
73 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten
74 acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit könnten in den nächsten
75 Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich
76 verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.

77 Werden wir diese Krisen bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen?
78 Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer
79 Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die
80 Herausforderungen meistern.

81 Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen

82 Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser
83 Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorangehen und vorleben: Erfolg
84 in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut
85 leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir
86 unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine
87 Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches
88 wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer

89 klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen,
90 ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf
91 den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg schnellstmöglich
92 klimaneutral werden und die Treibhausgas-Emissionen in den unmittelbar vor uns
93 liegenden Jahren besonders stark senken. Wir wollen unseren Beitrag dafür
94 leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu
95 halten. Wir wissen, dass wir ein ambitioniertes Ziel wie die Klimaneutralität
96 vor 2040 nicht ohne grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene
97 erreichen können.

98 Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine
99 echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten
100 – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist
101 die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.

102 Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche
103 Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen
104 oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und
105 Kulturlandschaften sind auch unser Zuhause, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.

106 Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat sich
107 gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang
108 ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag
109 zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die
110 Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren
111 Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen
112 bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die
113 Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir
114 wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

115 Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm

116 Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit und gehen voran.
117 Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg
118 bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der
119 Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz und im
120 Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die neusten
121 wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Pariser Klimaziele, insbesondere den 1,5-
122 Grad-Pfad, und die Klimaziele der Europäischen Union anpassen. Wir zeigen, wie
123 konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.

124 Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:

125 Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen.
126 Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude.

127 Wir werden diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine
128 grundlegende Dachsanierung ansteht.

129 Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen,
130 ebenso in der Fläche. So könnten über 1000 neue Anlagen entstehen. Wir werden
131 alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen und geeignete Baggerseen
132 prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-
133 Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir
134 erschließen wollen.

- 135 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
136 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
137 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.
- 138 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
139 Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
140 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
141 einsetzen.
- 142 Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch
143 die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.
- 144 Runter mit den CO₂-Emissionen:
- 145 Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund
146 einsetzen.
- 147 Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte
148 ein und prüfen, wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen
149 Unternehmen angewendet werden kann.
- 150 Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um
151 klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.
- 152 Wir wollen die kommunalen Wärmepläne – und dazu gehört auch die Kühlung im
153 Sommer – schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze
154 reduzieren.
- 155 Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen
156 ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen
157 Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch
158 wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der
159 Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad-
160 Ziel und das CO₂-Budget. Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-
161 Budget eingesetzt. Wir wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz
162 anwenden. Dazu wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt
163 werden kann.
- 164 Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie
165 klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutraler Wohngebiete
166 für Kommunen auflegen.
- 167
- 168 Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise
169 Recycling-Baustoffe wie Recycling-Beton fördern und für diese eine Quote für
170 Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen
171 wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass
172 Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden.
- 173 Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen:
174 auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit
175 implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir
176 wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem
177 Umfang Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese
178 Prüfung umfasst, welche Mittel den Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgabe zur

179 Verfügung stehen müssten, sodass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen unseren
180 Gemeinden umgesetzt werden können.

181 Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.

182 Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir
183 die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5-Grad-Ziel und auf die
184 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich
185 verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land
186 größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren
187 wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.
188 Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien
189 nicht entsprechen.

190 Klimafreundliche Verkehrswende:

191 Wir geben eine Garantie für den öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle
192 Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen
193 Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von
194 ÖPNV on demand, also auf Abruf.

195 Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe
196 einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

197 Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken
198 zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und
199 schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Wir unterstützen
200 Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.

201 Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen
202 Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in
203 Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede*r soll im Umkreis von
204 fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch
205 Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.

206 Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg

207 Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere
208 Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser
209 Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro pro
210 Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung
211 einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit
212 müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die
213 zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe
214 und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel
215 vorangehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten.

216 Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen
217 und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre
218 Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild
219 sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral arbeiten.
220 Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto
221 besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen.
222 Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an CO₂ binden können, zum Beispiel
223 durch Moore, Humusaufbau in der Landwirtschaft (auch mithilfe von Pflanzenkohle)

224 oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor Ort umsetzen.

225 Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.

226 Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten
227 Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40
228 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender
229 Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die
230 Effizienzstandards sollen auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und
231 Nichtwohngebäuden gelten. Wir setzen uns für die Steigerung der energetischen
232 Gebäude-Sanierungsrate im Rahmen unseres Klimaziels ein. Bei der Umsetzung von
233 innovativen Ansätzen muss die Landesverwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen.
234 Die Erfahrungen in der Umsetzung bei Landesprojekten verringern die Hürden für
235 eine Verbreitung dieser Ansätze in der freien Wirtschaft, was die marktweite
236 Transformation zur Klimaneutralität beschleunigt.

237 Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und
238 sichere Energie, dem ressourcenschonenden Bauen, bei der energetischen
239 Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen
240 Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem
241 wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt
242 aufstocken. Wir werden die rechtliche Umsetzbarkeit von neuartigen kommunalen
243 Klimaschutzinstrumenten wie zum Beispiel einem Klimabeitrag prüfen.

244 Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle
245 Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre
246 Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung
247 zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele
248 nicht eingehalten werden.

249 Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO₂-neutrale
250 Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser
251 betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in
252 allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets
253 in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für
254 die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung
255 unterstützt.

256 Raus aus den fossilen Energieträgern

257 Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die
258 Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch.
259 Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu
260 speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist
261 jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren
262 Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne
263 Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt
264 eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen.
265 Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings
266 verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen
267 wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage
268 darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie,
269 Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken.

270 Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO₂-Ausstoß. Das
271 wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so
272 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben
273 erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Unser Ziel
274 ist, dass sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen
275 und bestehende nach und nach auf nicht-fossile Technologien umgestellt werden.
276 Dazu benötigen wir auf Bundes- und EU-Ebene eine CO₂-Bepreisung, die zu
277 substanziellen Emissionsminderungen führt, und einen wirksamen CO₂-
278 Grenzausgleichsmechanismus. Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen
279 wir durch die Erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz
280 kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der
281 Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah- und Fernwärmenetze eingespeist
282 werden.

283 Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen
284 effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf
285 eine Ressourcen- und Bauwende. Wir wollen mehr Holz als Baumaterial, den Einsatz
286 von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton
287 voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und
288 Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich
289 festschreiben. Zudem werden wir uns für eine Lebenszyklusbetrachtung von
290 Gebäuden und die Entwicklung eines Ressourcengebäudeausweises einsetzen. Wir
291 wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige
292 Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen, heimischen Rohstoffen
293 Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen.
294 Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im
295 Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir
296 unter anderem durch zertifizierte Lieferketten soziale, ökologische und
297 menschenrechtliche Standards sicherstellen.

298 Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres
299 Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir
300 als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen,
301 wie die energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann.
302 Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und
303 den Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen
304 Einsatz von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

305 Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Dazu
306 haben wir Angebote für Beratungs- und Investitionsförderung gemacht. Die dafür
307 bereits aufgebauten Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu
308 Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft
309 wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

310 Vielfalt der grünen Energien nutzen

311 Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt
312 von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir
313 klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Das zukunftsfähige Fundament
314 für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von
315 Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei
316 steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere

317 Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer
318 Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden
319 konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie
320 naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir
321 noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten.
322 Für so eine ambitionierte Klimapolitik wollen wir im Land werben.

323
324 Deutschlandweit müssen wir bis zur Klimaneutralität eine installierte Leistung
325 von 562 Gigawatt Erneuerbare Energie erreichen. Dafür wollen wir in Baden-
326 Württemberg unseren Beitrag leisten. Hier gibt es noch viel Flächenpotenzial für
327 den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses wollen wir heben, indem wir
328 verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. So wollen wir
329 bis zum Jahr 2030 über 1000 neue Anlagen ermöglichen. Wir werden alle
330 Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob
331 wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat
332 ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

333
334 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
335 Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
336 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
337 einsetzen.

338
339 Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht
340 durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs
341 Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine
342 Wohnnutzung vorgesehen ist, also etwa für Fabrik- und Logistikhallen,
343 Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten
344 Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude
345 ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren
346 Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere
347 Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf
348 landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen. Es gibt
349 viele geeignete landwirtschaftlichen Flächen, die ein hohes Potenzial für den
350 Ausbau der Agro-Photovoltaik bieten. Unser Ziel ist es, dass diese genutzt
351 werden. Schon 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden einen großen
352 Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg leisten.
353 Ausbauen wollen wir genauso Freiflächenanlagen entlang von Straßen und
354 schwimmende Solarparks. Dafür wollen wir auch auf Bundesebene die
355 Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb werden wir im ersten Jahr nach der Wahl
356 eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

357 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
358 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
359 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

360
361 Energie in Bürger*innen-Hand!

362
363 Wir stehen dafür ein, dass die Energiewende für alle Bürger*innen im Land zur
364 Erfolgsgeschichte wird. Energie, die vor Ort dezentral in Bürgerhand erzeugt
365 wird, und die finanzielle Beteiligung von Anliegerkommunen bei Windkraft- und
366 Freiflächen-Photovoltaik-Projekten schaffen Akzeptanz, stärken die Resilienz im
367 Energiesystem und sorgen für Wertschöpfung bei vielen Bürger*innen und

368 Gemeinden. Wir wollen dafür sorgen, dass Bürger*innen-Energiegenossenschaften
369 unterstützt werden und Anliegerkommunen attraktive Anreize bekommen, die
370 Erneuerbaren Energien auszubauen.

371

372 Der heutige Strommarkt funktioniert nach Regeln, die 20 Jahre alt und auf die
373 fossilen Energieerzeuger zugeschnitten sind. Sie waren auf einen kleinen Beitrag
374 von Erneuerbaren Energien ausgelegt. Heute ist das anders. Deshalb sind an
375 vielen Stellen grundlegend andere Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns
376 auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen: Zum Beispiel muss der Energiemarkt neu
377 gestaltet werden, sodass die Bedürfnisse der Erneuerbaren Energien ins Zentrum
378 gestellt werden. Rechtliche Hürden für den Bau von Anlagen und das Teilen von
379 Energie müssen abgebaut und Ausbaudeckel abgeschafft werden. Die
380 Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort muss erleichtert werden.
381 Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Ausschreibungen für
382 Energieprojekte so angelegt sind, dass sich auch Genossenschaften darauf
383 bewerben können und im Wettbewerb mit anderen Akteur*innen eine faire Chance
384 haben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Hemmnisse abzubauen und
385 die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort zu erleichtern. Und wir
386 fordern vom Bund, den wirtschaftlichen Weiterbetrieb von sogenannten Alt-Anlagen
387 unbürokratisch zu sichern, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen und noch
388 viele Jahre zu niedrigen Kosten erneuerbaren Strom liefern können.

389 Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung
390 in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen
391 Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit
392 vorausgesetzt. Wir streben an, diese soweit es geht mit Erneuerbaren Energien
393 sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir uns über die landeseigenen Beteiligungen
394 bei energieerzeugenden Unternehmen für ihren eigenen Kohleausstieg bis 2030
395 einsetzen. Dazu wollen wir den Ausbau von Energiespeichern und intelligenten
396 Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander
397 abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr
398 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in
399 den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig
400 vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

401 Wir bringen die Wärmewende weiter voran

402 Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich
403 dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei
404 der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie.
405 Unser Ziel heißt auch hier: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits
406 getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig
407 eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen. Das bedeutet: Sie entwickeln
408 eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt und gekühlt werden
409 können. Kleinere Kommunen werden wir dabei auch finanziell unterstützen, ihre
410 Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

411 Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer
412 eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus
413 erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen
414 mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen
415 abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft

416 werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der
417 Industrie werden wir vorantreiben.

418 Naturschutz zahlt sich aus – für alle

419 Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der
420 Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die
421 finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026.
422 Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen
423 wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter
424 umsetzen und fortschreiben.

425 Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark
426 Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet
427 entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der
428 Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche
429 Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen
430 sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich
431 vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von
432 Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten
433 übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns
434 für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem
435 neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis
436 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue
437 Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten. Das Land soll
438 Wald und naturschutzrelevante Flächen wo möglich aufkaufen, um landesweite
439 Biotopverbünde herzustellen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Beim Verkauf
440 von Landesflächen sollen strenge Nachhaltigkeitskriterien gelten, insbesondere
441 bei Landwirtschafts- und Waldflächen sowie in Schutzgebieten.

442 Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche
443 Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber
444 die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die
445 Vermarktung der Produkte fördern und die bestehenden Agrarförderprogramme
446 weiterentwickeln.

447 Um in ihrem Bestand bedrohte Arten besser zu schützen, werden wir die Allianz
448 für Niederwild mit einem Bodenbrüter-Programm zum Schutz bedrohter Feld- und
449 Wiesenvögel ergänzen und gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern im Land
450 umsetzen. Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen
451 Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die
452 Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in
453 außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

454

455 Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Stadtnatur weiter fördern – für Mensch und
456 Natur. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die
457 naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit
458 Wald- und Naturkindergärten.

459 Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung
460 sind wir schon heute europaweit Spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den
461 Großteil der 900 Kläranlagen mit der sogenannten „vierten Reinigungsstufe“
462 aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder

463 Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die
464 Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

465 Darum Grün!

466 Wer Grün wählt, stimmt für

- 467 • ein klimaneutrales Baden-Württemberg
- 468 • die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- 469 • ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- 470 • den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- 471 • einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz,
472 Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen